

Schriften zum Bürgerlichen Recht

Band 511

Der rechtsgeschäftliche Schutz vor sich selbst

Eine zivilrechtliche Betrachtung des Selbstpaternalismus

Von

Kerstin Seewald



Duncker & Humblot · Berlin

KERSTIN SEEWALD

Der rechtsgeschäftliche Schutz vor sich selbst

Schriften zum Bürgerlichen Recht

Band 511

Der rechtsgeschäftliche Schutz vor sich selbst

Eine zivilrechtliche Betrachtung des Selbstpaternalismus

Von

Kerstin Seewald



Duncker & Humblot · Berlin

Die Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Regensburg
hat diese Arbeit im Jahre 2019 als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten
© 2020 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Satz: 3w+p GmbH, Rimpfing
Druck: CPI buchbücher.de GmbH, Birkach
Printed in Germany

ISSN 0720-7387
ISBN 978-3-428-18040-0 (Print)
ISBN 978-3-428-58040-8 (E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☺

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2019/2020 von der Universität Regensburg als Dissertation angenommen. Rechtsprechung und Literatur konnten vereinzelt noch bis zur Fertigstellung der Arbeit im Februar 2020 berücksichtigt werden.

Ich habe allen Grund, den vielen Menschen zu danken, die mich auf dem Weg zum Dr. jur. begleitet und unterstützt haben. Es ist mir eine besondere Freude, wenigstens einige von ihnen erwähnen zu können:

Zunächst möchte ich mich bei meinem Doktorvater Herrn Prof. Dr. Christoph Althammer bedanken. Er stand mir stets mit Rat und Tat zur Seite und ermöglichte mir, während meiner Dissertationszeit als wissenschaftliche Hilfskraft an seinem Lehrstuhl tätig zu sein.

Weiterhin danke ich Herrn Prof. Dr. Jörg Fritzsche für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens.

Ganz herzlich bedanke ich mich auch bei meinen Freunden, ohne deren konstante Ermutigung und moralische Unterstützung die Erstellung dieser Arbeit nicht möglich gewesen wäre. Besonders herausgreifen möchte ich dabei Eva Weinbeer, Mara Köstlmeier und Dr. Denise Gruber, die mir durch die Durchsicht des Manuskripts sehr geholfen haben.

Ein besonderer Dank geht auch an meinen Freund Daniel Grötsch. Ohne sein liebevolles Verständnis hätte es mir nicht gelingen können, diese Arbeit zu einem guten Ende zu bringen.

Der größte Dank gebührt jedoch meiner Familie. Meine Mutter Gerti, mein Vater Hubert, mein Bruder Sebastian und meine Großmutter Hilde sind mir stets verlässliche und fürsorgliche Wegbegleiter gewesen. Sie haben immer an mich geglaubt und mir in jeder erdenklichen Weise geholfen. Ihnen alleine habe ich es zu verdanken, dass ich den Weg zum Dr. jur. überhaupt einschlagen und bewältigen konnte. Ihnen ist diese Arbeit gewidmet.

Regensburg, März 2020

Kerstin Seewald

Inhaltsverzeichnis

Kapitel 1

Einleitung	17
A. Problemaufriss	17
B. Gang der Untersuchung	19

Kapitel 2

Der rechtsgeschäftliche Schutz vor sich selbst durch Selbstpaternalismus	20
A. Vorbemerkung	20
B. Paternalismus in der Philosophie	22
I. Begriffliche Vorfragen	22
1. Definition	23
2. Nicht-Vorliegen einer Zustimmung als Definitionsmerkmal	24
a) Handeln entsprechend der vorherigen Zustimmung ist (schwacher) Paternalismus	26
b) Handeln entsprechend der vorherigen Zustimmung ist kein Paternalismus	26
c) Handeln entgegen der vorherigen Zustimmung ist Paternalismus	27
d) Bewertung	28
II. Legitimation paternalistischer Maßnahmen	29
1. Wohl-basierte Legitimationsstrategien	30
2. Einverständnis-basierte Legitimationsstrategien	30
a) Schwacher Paternalismus	30
b) Legitimation durch die vorherige Zustimmung des Betroffenen	31
aa) Begründungsmodelle Vorrang des Zeitpunkts t1	32
(1) Vorrang-Nachrangverhältnis mit Hilfe der Privatautonomie	32
(2) Variante der Freiheitsmaximierung	33
bb) Vorrang des Zeitpunkts t2 wegen besserer Informationen	34
cc) Ausnahme bei Antizipation der Willensänderung	35
dd) Eigene Auffassung	37
c) Legitimation durch die hypothetische Zustimmung des Betroffenen	39

d) Legitimation durch eine (antizipierte) nachträgliche Zustimmung des Betroffenen	39
III. Zwischenergebnis	41
C. Selbstpaternalismus in der Philosophie	41
I. Kritik des Begriffs des Selbstpaternalismus	41
1. Selbstpaternalismus als mittelbarer Paternalismus	42
2. Unmittelbare Freiheitsbeschränkung	44
3. Gerechtfertigter Paternalismus	44
4. Zwischenergebnis	44
II. Definitionsmerkmale des Selbstpaternalismus	45
1. Keine reine Selbstreglementierung	45
2. Verhinderung antizipierter selbstschädigender Verhaltensweisen	46
3. Förderung des eigenen Wohls	47
4. Nicht berücksichtigte Merkmale	48
D. Selbstpaternalismus als Rechtsproblem	48
I. Verfassungsrechtliche Dimension des Selbstpaternalismus	48
1. Selbstpaternalismus als grundrechtlich geschütztes Verhalten	49
2. Schutzpflichtdimension der Grundrechte	50
3. Spannungsfeld zwischen Schutzpflicht und Selbstbestimmungsrecht	51
a) Abgrenzung zum Schutz subjektiver Rechte Dritter und der Allgemeinheit	52
b) Grundrechtsschutz vor sich selbst	52
4. Verzicht auf staatliche Schutzpflichten	55
a) Grenzen der Dispositionsbefugnis über Grundrechte	56
aa) Öffentliche Interessen	56
bb) Menschenwürde	57
cc) Menschenwürdekern und Wesensgehaltsgarantie	57
dd) Zwischenergebnis	58
b) Besonderheiten der Dispositionsbefugnis im Privatrechtsverhältnis	59
II. Selbstpaternalismus in der Zivilrechtsdogmatik	59
1. Grenzen der Selbstbindung im Privatrecht	61
a) § 137 BGB als Grenze der Selbstbindung	61
b) § 138 BGB als Grenze der Selbstbindung	62
c) Selbstentmündigung als Grenze der Selbstbindung	63
2. Grenzen der Selbstbindung im BGB und in der Rechtsprechung	63
3. Besonderheiten bei selbstpaternalistischen Selbstbindungen	64
E. Zusammenfassung Kapitel 2	65

Kapitel 3

Der rechtsgeschäftliche Schutz vor sich selbst durch Odysseus-Anweisungen 67

A. Vorbemerkung 67

B. Die Odysseus-Anweisung als Instrument der antizipierten Selbstbestimmung 71

 I. Begriff 71

 II. Die Rechtsnatur der Odysseus-Anweisung 73

 III. Inhalt und Wirksamkeitsvoraussetzungen einer Odysseus-Anweisung 76

 IV. Zwischenergebnis 79

C. Die Odysseus-Anweisung im Rahmen einer Patientenverfügung 79

 I. Die Stufen der Selbstbestimmungsfähigkeit im Zivilrecht 81

 1. Geschäftsfähigkeit 82

 2. Einwilligungsfähigkeit 83

 3. Natürlicher Wille 84

 II. Grundsätze der Patientenverfügung 87

 1. Rechtsnatur der Patientenverfügung 88

 2. Wirksamkeitsvoraussetzungen der Patientenverfügung 89

 3. Die psychiatrische Patientenverfügung 90

 4. Abgrenzung der Patientenverfügung zu anderen Vorsorgeverfügungen 91

 a) Vorsorgevollmacht 91

 b) Betreuungsverfügung 92

 c) Behandlungsvereinbarung 92

 d) Krisenpass/Advanced Care Planning (ACP) 93

 III. Die Patientenverfügung und der entgegenstehende natürliche Wille 93

 1. Rechtliche Relevanz des natürlichen Willens bei einer untersagenden Patientenverfügung 94

 a) Zurechnungsausschluss wegen eines Bruchs der personalen Identität 94

 aa) Diskontinuität der Persönlichkeit 94

 bb) Kontinuität der Persönlichkeit 96

 cc) Juristische Betrachtungsweise 97

 b) Widerruf der Patientenverfügung durch den natürlichen Willen 98

 aa) Widerruf auch im Zustand der Einwilligungsunfähigkeit 98

 bb) Widerruf nur im Zustand der Einwilligungsfähigkeit 100

 cc) Eigene Auffassung 102

 c) Vorbehalt der Aktualität der Lebens- und Behandlungssituation 103

 d) Beachtlicher Irrtum 108

 e) Veto-Lösung 109

 f) Besonderheiten für psychiatrische Krisensituationen 109

 g) Zwischenergebnis 112

2. Rechtliche Relevanz des natürlichen Willens bei einer einwilligenden Patientenverfügung	112
a) Sprachlich-grammatikalische Auslegung	114
b) Historische Auslegung	115
c) Systematische Auslegung	116
d) Teleologische Auslegung	118
3. Zwischenergebnis	120
IV. Konsequenzen des Vorrangs des natürlichen Willens und das Bedürfnis nach Odysseus-Anweisungen	120
1. Für Patientenverfügungen in finalen Lebenssituationen	120
2. Für Patientenverfügungen in psychiatrischen Krisensituationen	122
a) Das Verfahren nach den §§ 312 ff. FamFG	122
b) Die materiellen Voraussetzungen des § 1906a Abs. 1 BGB	124
aa) Erfordernis der erheblichen Gesundheitsgefahr nach § 1906a Abs. 1 S. 1 Nr. 1 BGB	125
bb) Erfordernis des stationären Aufenthalts in einem Krankenhaus nach § 1906a Abs. 1 S. 1 Nr. 7 BGB	126
c) Das Problem des Fehlens von Zwangsbefugnissen	127
V. Die antizipierte Einwilligung in die Umsetzung der Patientenverfügung trotz eines entgegenstehenden natürlichen Willens	128
1. Formen von Odysseus-Anweisungen	129
a) Unechte Odysseus-Anweisungen	129
b) Echte Odysseus-Anweisungen	131
c) Exkurs: Odysseus-Anweisungen in den USA	133
2. Die antizipierte Anordnung der Umsetzung der Patientenverfügung	135
a) Die Anordnung der Unwiderruflichkeit einer Vorsorgeverfügung mittels einer Odysseus-Anweisung zum Schutz vor sich selbst	136
aa) Die unwiderrufliche Einwilligung zum Schutz vor sich selbst	137
(1) Sinn und Zweck der freien Widerrufsmöglichkeit	139
(2) Der Schutzzweck der Norm in Odysseus-Konstellationen	140
bb) Exkurs: Die unwiderrufliche (Vorsorge-)Vollmacht zum Schutz vor sich selbst	144
(1) Allgemeines	144
(2) Vorsorgevollmacht	145
cc) Die unwiderrufliche Patientenverfügung zum Schutz vor sich selbst	147
b) Erhöhung der Voraussetzungen für die Aufhebung der untersagenden Patientenverfügung	148
aa) Disponibilität der Formfreiheit des Widerrufs	148
bb) Einwilligungsfähigkeit als Voraussetzung für einen wirksamen Widerruf	149
cc) Teilweiser Verzicht auf die Aktualisierungsentscheidung des Betreuers	150
(1) Sinn und Zweck der Aktualitätsentscheidung des Betreuers	152

(2) Der Schutzzweck der Norm in Odysseus-Konstellationen 153

c) Verringerung der Voraussetzungen für die Durchsetzung der positiven Patientenverfügung 156

aa) Verzicht auf verfahrensrechtliche Anforderungen der Zwangsbehandlung in einer einwilligenden Patientenverfügung 158

(1) Verzicht auf das Genehmigungserfordernis 158

(2) Verzicht auf andere verfahrensrechtliche Voraussetzungen 160

(a) Sinn und Zweck der verfahrensrechtlichen Sicherungen 160

(b) Schutzzweck der Normen in Odysseus-Konstellationen 161

bb) Verzicht auf materiell-rechtliche Anforderungen 162

(1) Verzicht auf Zulässigkeitsvoraussetzungen, die das „Ob“ betreffen 163

(a) Erfordernis einer erheblichen Gesundheitsgefahr gem. § 1906a Abs. 1 S. 1 Nr. 1 BGB 164

(b) Erfordernis eines stationären Aufenthalts in einem Krankenhaus 164

(2) Verzicht auf Zulässigkeitsvoraussetzungen, die das „Wie“ betreffen 165

d) Zwischenergebnis 165

VI. Der Widerruf der Odysseus-Anweisung 166

D. Zusammenfassung Kapitel 3 167

Kapitel 4

Der rechtsgeschäftliche Schutz vor sich selbst durch Odysseus-Verträge 169

A. Vorbemerkung 169

B. Der Odysseus-Vertrag als Instrument antizipierter Selbstbestimmung 172

I. Begriff 172

II. Rechtsnatur 172

III. Inhalt und Wirksamkeitsvoraussetzungen eines Odysseus-Vertrages 175

IV. Zwischenergebnis 176

C. Die Spielersperre als echter Odysseus-Vertrag 176

I. Rechtsgrundlagen der Selbstsperre 176

II. Die Rechtsnatur der Selbstsperre 179

1. Gang der Rechtsprechung 179

2. Änderung der Rechtsnatur durch Einführung des Glücksspielstaatsvertrages 182

a) Urteile des LG/OLG Düsseldorf 183

b) Ablehnung des Vertragsschlusses 185

c) Schutzgesetzcharakter der §§ 8, 20 GlüStV 187

d) Schwächen des Deliktsrechts 189

e) Kontrahierungszwang gem. § 8 Abs. 2 Alt. 1 BGB	190
aa) Die Rechtsfigur des Kontrahierungszwangs	191
bb) Die Auslegung des § 8 Abs. 2 Alt. 1 GlüStV	193
(1) Sprachlich-grammatikalische Auslegung	193
(2) Historische Auslegung	193
(3) Systematische/Teleologische Auslegung	194
III. Der Inhalt des Sperrvertrages	199
1. Vertragliche Leistungspflichten	199
2. Die Auswirkungen des Sperrvertrages auf zukünftig geschlossene Spielverträge	201
a) Notwendigkeit der Nichtigkeit der Spielverträge	201
b) Dogmatische Konstruktion der Aufhebung zukünftiger Spielverträge	204
aa) Rechtsgeschäftlich begründeter Nichtigkeitsgrund	204
bb) Rechtsgeschäftlich begründete Beweislastumkehr	207
(1) In Bezug auf § 105 Abs. 2 BGB	207
(2) In Bezug auf § 138 Abs. 1 BGB	207
(3) Bewertung	208
cc) § 134 BGB als rechtsvernichtende Einwendung	209
c) Exkurs: Rechtsgeschäftlich vereinbarte Formerfordernisse	210
aa) Allgemeines zu Formerfordernissen	211
bb) Aufhebung der Schriftformvereinbarung jederzeit möglich	212
cc) Aufhebung der Schriftformvereinbarung nicht jederzeit möglich	212
dd) Bewertung	213
IV. Die Aufhebung des Selbstsperrvertrages	213
D. Der Odysseus-Vertrag in anderen Lebensbereichen	216
E. Zusammenfassung Kapitel 4	220

Kapitel 5

Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse	221
Literaturverzeichnis	228
Sachwortverzeichnis	242

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	andere Ansicht
Abs.	Absatz
ÄBW	Ärzteblatt Baden-Württemberg
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
a. E.	am Ende
a. F.	alte Fassung
AG	Amtsgericht
AöR	Archiv des Öffentlichen Rechts
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
AT	Allgemeiner Teil
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs
BtÄndG	Betreuungsrechtsänderungsgesetz
BT-Drs.	Bundestags-Drucksache
BtPrax	Betreuungsrechtliche Praxis
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
bzw.	beziehungsweise
DÄBl	Deutsches Ärzteblatt
DJT	Deutscher Juristentag
DMW	Deutsche Medizinische Wochenschrift
DNotZ	Deutsche Notar-Zeitschrift
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
DR	Deutsches Recht, Ausgabe A
Ethik Med	Ethik in der Medizin
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht
f.	folgende (Seite)
FamFG	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
FamFR	Zeitschrift für Familienrecht und Familienverfahrensrecht
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
ff.	folgende (Seiten)
FPPK	Forensische Psychiatrie, Psychologie, Kriminologie
FPR	Familie, Partnerschaft, Recht
FS	Festschrift
gem.	gemäß
GesR	Gesundheitsrecht
GG	Grundgesetz
GlüStV	Glücksspielstaatsvertrag

h. M.	herrschende Meinung
Hs.	Halbsatz
i. d. R.	in der Regel
i. S. d.	im Sinne des
i. S. v.	im Sinne von
i. V. m.	in Verbindung mit
JAMA	The Journal of American Medical Association
JR	Juristische Rundschau
JURA	Juristische Ausbildung
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung
Kap.	Kapitel
KG	Kammergericht
LG	Landgericht
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
MedR	Medizinrecht
MittBayNot	Mitteilungen des Bayerischen Notarvereins, der Notarkasse und der Landesnotarkammer Bayern
MitRhNotK	Mitteilungen der Rheinischen Notarkammer
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
n. F.	Neue Fassung
NJOZ	Neue Juristische Online-Zeitschrift
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NK	Nomos Kommentar
Nr.	Nummer
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
OLG	Oberlandesgericht
PsychKG	Psychisch-Kranken-Gesetz
R&P	Recht und Psychiatrie
Rn.	Randnummer
S.	Satz/Seite
s. a.	siehe auch
s. o.	siehe oben
sog.	sogenannt
StGB	Strafgesetzbuch
s. u.	siehe unten
u. a.	unter anderem
usw.	und so weiter
VersR	Versicherungsrecht
vgl.	vergleiche
z. B.	zum Beispiel
ZEV	Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge
ZfL	Zeitschrift für Lebensrecht
ZFME	Zeitschrift für medizinische Ethik
ZFWG	Zeitschrift für Wett- und Glücksspielrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht

ZphF	Zeitschrift für philosophische Forschung
ZPO	Zivilprozessordnung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft

Kapitel 1

Einleitung

A. Problemaufriss

Selbstkontrolle, Selbstbeherrschung und Selbstdisziplin: Die vielleicht preußischsten aller Tugenden sollen der Schlüssel zum Erfolg sein und ein selbstbestimmtes sowie erfolgreiches Leben garantieren. So boomt nicht nur ein ganzer Industriezweig, der uns beim Erlernen dieser Eigenschaften unterstützen will, auch wir selbst versuchen, unser Verhalten planvoll zu steuern, um unsere Ziele zu verwirklichen.

Probleme ergeben sich immer dann, wenn zum Zeitpunkt der Ausführung eines Verhaltens ein Bedürfnis im Vordergrund steht, welches dem zielführenden Verhalten entgegensteht und wir uns überwinden müssen, dennoch das zu tun, was wir uns vorher vorgenommen haben. Dieser Konflikt zieht sich nicht nur durch sämtliche alltägliche Lebensbereiche, sondern betrifft auch ethische, gesellschaftspolitische und rechtliche Fragen erheblichen Ausmaßes.

Um sich selbst psychisch, sozial oder moralisch zu verpflichten, keiner antizipierten Willensänderung zu unterliegen, die das Erreichen des vorab gesetzten Ziels vereiteln würde, versucht manch Betroffener, sich „selbst zu überlisten“, indem er sich vorab selbst bindet.

Ein Musterbeispiel der Selbstbindung zur Erreichung eines übergeordneten Ziels ist das Mythologem des Odysseus und der Insel der Sirenen. Deren Gesang war berühmt wie berüchtigt, denn sie benutzten ihn, um Seefahrer auf ihre Insel zu locken und dann zu töten. Neugierig auf deren betörende Stimmen befahl Odysseus seinen Matrosen, ihre Ohren mit Wachs zu verschließen und ihn an den Mast seines Schiffes zu fesseln. Zudem ordnete er an, ihn unter keinen Umständen loszubinden – egal, welche Anstalten er machen sollte. Sobald Odysseus die Laute der Sirenen hörte, wurde er fast verrückt vor Sehnsucht und versuchte, sich von seinen Fesseln zu befreien, um zu den Sirenen zu gelangen. Seine Männer aber ignorierten seinen Sinneswandel. So zog das Schiff an den Sirenen vorüber und die Besatzung blieb verschont.¹

Gerade wenn ein Individuum in eine Situation gerät, in der es aufgrund von Krankheit, äußerer Zwangswirkung, Sucht oder starken Neigungen dazu tendiert, die

¹ *Homer, Odyssee, Zwölfter Gesang.*

früher getroffene Entscheidung zugunsten einer kurzfristigen Befriedigung aufzugeben, kann eine Selbstbindung den einzigen Weg zur effektiven Zielerreichung darstellen. Die Bindung wird dann vorab eingegangen, um sich von einer selbstschädigenden Abkehr von der früheren Entscheidung abzuhalten.² Es wird also zu einem bestimmten Zeitpunkt über die eigenen Langzeitinteressen nachgedacht, weshalb bestimmte Selbstbindungen eingegangen werden, um sich selbst vor den eigenen Kurzzeitpräferenzen zu bewahren.³ Dadurch werden Umstände geschaffen, die den Betroffenen dazu zwingen sollen, bei der getroffenen Entscheidung zu bleiben. So wäre Odysseus ohne die Abmachung mit seinen Matrosen von den Sirenen betört worden, hätte sich auf den Weg zu ihnen gemacht und so den Tod gefunden.

Wenn Selbstbindungen durch rechtsverbindliche Regelungen erfolgen, wird ein antizipierter Selbstschutz auch zum Rechtsproblem. Dabei sind bei näherer Betrachtung Selbstbindungen eine Selbstverständlichkeit, die man als wesentliche Grundlage der Zivilrechtsordnung ansehen kann. Einem Konflikt im Rahmen der Privatautonomie ein und derselben Person zu verschiedenen Zeitpunkten vorzubeugen, ist der Grundgedanke einer jeden rechtsgeschäftlichen Bindung. So werden Verträge auch deshalb geschlossen, um sowohl sich selbst als auch den Vertragspartner zu einem späteren Zeitpunkt vor einem eigenen Sinneswandel oder einem solchen des Vertragspartners zu bewahren. Zwar wird durch Abschluss eines Vertrages, der zu einer Bindung der Handelnden führt, der zukünftige Handlungsspielraum eingeschränkt;⁴ dennoch liegt darin keine Beschränkung, sondern vielmehr die Verwirklichung der Privatautonomie.⁵

Problematisch wird dies aber, wenn durch die rechtsgeschäftliche Selbstbindung unmittelbar zukünftige Handlungsfreiheiten beschränkt werden sollen. Insbesondere dann, wenn vorab bestimmten Rechtsakten die rechtliche Wirksamkeit versagt werden soll, stellt sich die Frage nach den Grenzen der Dispositionsbefugnis des Einzelnen. Kann ihm gestattet werden, zum Schutz vor sich selbst über seine zukünftigen Gestaltungsmöglichkeiten zu verfügen?

Struktur und Funktionsweise derartiger Rechtsakte üben eine besondere dogmatische Faszination aus, die jeweils aus dem Widerstreit des vorwegnehmend geäußerten und des aktuellen Willens resultieren. Insbesondere, wenn die Willensänderung bereits vorausgesehen wurde und gerade aus diesem Grund die rechtliche Disposition erfolgt, verlangt die Beurteilung einer derartigen Rechts-handlung nach einer komplexen Betrachtung.

² So *Enderlein*, Rechtspaternalismus und Vertragsrecht, S. 90.

³ *Eidenmüller*, Effizienz als Rechtsprinzip, S. 376.

⁴ *Bydlinksi*, Privatautonomie und objektive Grundlagen des verpflichtenden Rechts-geschäfts, S. 68.

⁵ BVerfGE 81, 242, 254; *Heinrich*, Formale Freiheit und materiale Gerechtigkeit, S. 54; *Flume*, BGB AT II, S. 4 f.; *Kleinschmidt*, Delegation von Privatautonomie, S. 102; *Canaris*, AcP 2000, 273 (279); aus der Perspektive des Gesellschaftsrechts *Weber*, Privatautonomie und Außeneinfluß im Gesellschaftsrecht, S. 205 ff.

B. Gang der Untersuchung

Ziel der vorliegenden Dissertation ist es, den aus der Moralphilosophie bekannten Problembereich des Selbstpaternalismus einer juristischen Betrachtung zu unterziehen und anhand konkreter Beispiele zu untersuchen, inwieweit ein rechtsgeschäftlicher Schutz vor sich selbst in den Grenzen der Zivilrechtsdogmatik möglich ist.

Nach einer einleitenden moralphilosophischen Auseinandersetzung des Problembereichs, liegt deshalb ein erster Schwerpunkt der Untersuchung in der Frage nach der Dispositionsfähigkeit grundrechtlich geschützter Güter und Interessen sowie einer Bestimmung zivilrechtlicher Sanktionsinstrumente zur Vermeidung übermäßiger Selbstbindungen im Privatrechtsverhältnis – jeweils in Bezug auf selbstpaternalistische Handlungen.

Um dem Problemkreis des Selbstpaternalismus die Abstraktion zu nehmen, werden die in Kapitel 1 erarbeiteten allgemeinen Grundsätze in Kapitel 2 näher konkretisiert und auf die sog. Odysseus-Anweisung im Rahmen einer Patientenverfügung angewandt. So wird insbesondere in Frage stehen, ob es dem Betroffenen möglich ist, mittels einer Odysseus-Anweisung im Rahmen einer Patientenverfügung zum Schutz vor sich selbst Zwangsmaßnahmen vorab zu legitimieren und damit verbunden auf Rechte zu verzichten, die zu seinem Schutze errichtet wurden.

In Kapitel 3 wird anhand der „Spielersperr“ als sog. Odysseus-Vertrag erörtert, ob es dem Einzelnen möglich ist, zukünftigen Rechtsakten zum Schutz vor sich selbst vorab die rechtliche Wirksamkeit zu nehmen und so eine rechtsgeschäftliche Beschränkung der Privatautonomie herbeizuführen.

Die Arbeit schließt mit einer Zusammenfassung ihrer wesentlichen Ergebnisse.